



DBV: Revision der EU-Öko-Verordnung bedroht Entwicklung des Öko-Landbaus

DBV: Revision der EU-Öko-Verordnung bedroht Entwicklung des Öko-Landbaus
Verbraucherschutz, Tierwohl und Nachhaltigkeit in Einklang bringen
Der Deutsche Bauernverband (DBV) fordert die EU-Kommission auf, die heimische Öko-Landwirtschaft nicht durch die vorgesehene Revision der EU-Öko-Verordnung zurückzuwerfen. Die heute (25. März 2014) von EU-Kommissar Ciolos vorgestellten Pläne verfehlen das vom Europäischen Rechnungshof angemahnte Hauptziel, die Effektivität der Kontrolle im Öko-Markt zu verbessern. Stattdessen drohe die geplante Verschärfung der Produktionsrichtlinien einen erheblichen Teil der Öko-Landwirtschaft zur Aufgabe zu zwingen.
Die derzeit geplante vollständige Überarbeitung und Verschärfung werde die ohnehin schon schleppende Entwicklung des Öko-Landbaus in Deutschland zum Erliegen bringen, befürchtet der Ökobeauftragte des DBV Graf von Bassewitz. Der DBV-Fachausschuss Öko-Landbau, in dem Öko-Bauern aus allen Bundesländern vertreten sind, fordere vielmehr eine Weiterentwicklung auf Grundlage der bestehenden EU-Öko-Verordnung. Vor allem die Kreislaufwirtschaft und damit der Nachhaltigkeitsaspekt müssen dabei zukünftig gestärkt werden. Daher sei das geplante Verbot der Öko-Teilbetriebsumstellung zu begrüßen.
In der Zielsetzung eines besseren Verbraucherschutzes sieht Graf von Bassewitz keinen Dissens mit der EU-Kommission. Hier müsse vor allem der Täuschungsschutz durch eine engere Kooperation zwischen den EU-Mitgliedsstaaten bei der Öko-Kontrolle und eine schärfere Überwachung bei den Öko-Importen verbessert werden. Bei der Weiterentwicklung der EU-Öko-Verordnung gelte es, die Belange des Verbraucherschutzes, der Nachhaltigkeit, des Tierwohles und der Öko-Bauern in Übereinstimmung zu bringen und durch einen europäischen Aktionsplan weiterzuentwickeln. Dem Tierwohl sei in der Öko-Verordnung Rechnung zu tragen durch die Sicherstellung der bedarfsgerechten Versorgung mit Nährstoffen wie Vitaminen, Mineralstoffen und essenziellen Aminosäuren.
Auch die Einhaltung strikter Rückstandshöchstgrenzen, wie es die EU-Kommission fordert, sei im Öko-Markt eine seit Jahren gelebte Praxis. Von Bassewitz forderte hierzu, dass zusätzliche gesetzliche Rückstandsauflagen im Rahmen eines staatlichen Öko-Monitorings kontrolliert und finanziert werden sollten. Bei unverschuldeten Rückstandsfunden zum Beispiel aus Umwelteinträgen, Alllasten oder Abdrift müsse aber der Öko-Status der betroffenen Flächen erhalten bleiben, um die betroffenen Landwirte vor staatlichen Regressforderungen der Öko-Förderung zu schützen.
Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/31904-407
Telefax: 030/ 31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: <http://www.bauernverband.de>

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.